



Foto: Panthermedia

Stabile Finanzen für die Kommunen

Das **elde**-Interview mit Gisela Piltz, stellvertretende Vorsitzende und kommunalpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion



Die Städte und Kommunen in Deutschland haben finanzielle Probleme. Die FDP möchte einen Systemwechsel bei der künftigen Finanzierung. Die **elde**-Redaktion sprach deshalb mit der Kommunalpolitik-Expertin der FDP-Bundestagsfraktion.

elde: Die kommunalen Haushalte stehen massiv unter Druck. Wie konnte es zu dieser Schieflage kommen?

Gisela Piltz: Richtig ist, dass es vielen Kommunen schon seit Jahren schlecht geht. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Das schwierige wirtschaftliche Umfeld spielt dabei natürlich eine erhebliche Rolle. Und gerade jetzt wird deutlich, dass die Gewerbesteuer als Einnahmequelle auf Dauer ungeeignet ist. Durch ihre Verknüpfung mit der konjunkturellen Großwetterlage sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer so gut wie nicht kalkulierbar und brechen in wirtschaftlich schlechten Zeiten ein. 2009 müssen die Kommunen bundesweit mit einem Rückgang beim Gewerbesteueraufkommen von durchschnittlich mehr als 17 Prozent rechnen. In der Spitze bis zu 40 Prozent. Die Gewerbesteuer wird damit vielerorts zur Existenzbedrohung. Zur Wahrheit gehört auch, dass einige Kommunen es nicht vermocht haben, in Zeiten sprudelnder Einnahmen die Gelder in die Konsolidierung der Haushalte zu stecken. Allerdings halte ich nichts davon, alle Städte und Gemeinden über einen Kamm zu scheren. Es gibt gerade in Nordrhein-Westfalen genügend Beispiele, die zeigen, dass es auch anders geht. Die Erlöse aus der Veräußerung städtischer Beteiligungen konnten vielerorts zur Schuldentilgung und damit zur Gesundung der kommunalen Haushalte beitragen. Allein in Düsseldorf sparen wir durch diese Entschuldungspolitik jährlich hohe zweistellige Millionenbeträge, die normalerweise in die Tilgung der Zinsen fließen würden. Gemeinsam mit der Union haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Kommission einzurichten, die Wege für ein alternatives kommunales Finanzgefüge aufzeigen soll.

elde: Am 4. März hat die Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Was erwarten Sie von der Arbeit der Kommission?

Gisela Piltz: Wichtig ist vor allem, dass ergebnisoffen diskutiert wird. Ein Festhalten an hergebrachten Denkmustern darf es nicht geben. Zur Wahrheit gehört nämlich leider, dass gerade die kommunalen Spitzenverbände an ihrer heißgeliebten Gewerbesteuer festhalten wollen. „Lieber eine schlechte Gewerbesteuer, als eine neue Steuer, die wir nicht kennen.“ So lautet das Credo.



Gisela Piltz

Genau davon müssen wir aber weg. Unterm Strich brauchen wir eine Lösung, die den Kommunen dauerhaft verlässliche Einnahmen beschert. Zusätzlich muss sich die Kommission auch mit den kommunalen Ausgaben befassen. Gerade die steigenden Sozialausgaben haben einen erheblichen Teil zur schlechten Lage in den Kommunen beigetragen. Und last but

not least brauchen wir ein Konzept, um den Kommunen jetzt schnell und unbürokratisch zu helfen. So ein Konzept kann kurzfristig nur über Veränderungen auf der Ausgabenseite erarbeitet werden.

elde: Wo sehen Sie Auswege aus der aktuellen Notlage? Die SPD will ja offensichtlich unbedingt an der Gewerbesteuer festhalten.

Gisela Piltz: Die FDP verfolgt hier einen Systemwechsel. Nach unserem Modell soll den Kommunen statt des Gewerbesteueraufkommens ein Anteil von künftig 12 % am Umsatzsteueraufkommen sowie ein eigenes Hebesatzrecht auf die Körperschafts- und Einkommensteuer zustehen. Sowohl die Entscheidung des „Ob“, als auch die Festlegung der Höhe dieses Hebesatzrechts soll dabei selbstständig bei den Gemeinden liegen. Für die Ausgaben muss künftig gelten: „Wer bestellt, bezahlt!“ Deshalb setzen wir uns seit Jahren für die Verankerung eines echten Konnexitätsprinzips im Grundgesetz ein. Und was das Störfeuer der SPD angeht, bin ich ganz zuversichtlich, dass auch hier früher oder später ein Umdenken stattfindet. Auch aus SPDgeführten Kommunen wird der Ruf nach einer Öffnung für neue Vorschläge immer lauter.